

Proteste in Frankreich

Der Kampf der Schüler*innen und Student*innen ist der Kampf der gesamten Arbeiterklasse!

Von Nepal bis Marokko, von Madagaskar bis Peru – die „Generation Z“ geht auf die Straße. Überall eine Generation, die sich Sorgen um ihre Zukunft macht. Überall die gleiche Weigerung, Angriffe schweigend hinzunehmen. Jetzt erhebt sich die Jugend in Frankreich.

Alles begann am 17. September an einem Gymnasium in Créteil im Département Val-de-Marne. Innerhalb einer Woche griff die Bewegung auf die Gymnasien im ganzen Land über. Die Empörung ist riesig: *„Wir sind 34 Schüler in der Klasse, manchmal haben wir nicht einmal Stühle“*; *„Letztes Jahr ist mitten im Englischunterricht ein Stück der Decke auf uns gefallen. Manchmal regnet es in die Klassenzimmer hinein“*. Keine Lehrpersonen, auffällige Gebäude, die ständige Angst vor der Schikane durch Parcoursup¹ und eine immense Sorge um die Zukunft und die prekäre Lage, die alle jungen Menschen nach ihrem Studium erwartet: *„Jeden Tag werden Polizisten zu uns geschickt, aber Lösungen werden uns nie angeboten!“*

Auf die Empörung antwortet der Polizei-knüppel!

Auf die berechtigten Forderungen der Schüler*innen und Student*innen reagiert der Staat mit massiver Repression. Tränengas, LBD-Schüsse, Festhalten am Boden, Würgegriffe, Verhaftungen ... In Saint-Ouen-l'Aumône schießt ein Polizist aus nächster Nähe mit einem Granatwerfer einem Gymnasiasten ins Gesicht und schlägt ihm alle oberen Zähne aus. In Tours wird ein Jugendlicher schwer am Auge verletzt. Gymnasiast*innen verbringen 24 Stunden in Untersuchungshaft, werden misshandelt und gedemütigt, bevor sie vor Gericht gestellt werden. Am 1. Oktober, an einem einzigen Tag, gab es fast 2.000 Festnahmen! Seit Beginn der Bewegung wurden bereits 65 Lehrer und 170 Schüler verletzt. Der finstere französische Innenminister Nuñez macht daraus nicht einmal ein Hehl: *„Der verhältnismäßige Einsatz von Gewalt darf niemals das Handeln zur Wiederherstellung der Ordnung behindern“*. Was für eine Heuchelei! Wie kann man nicht empört sein, wenn man sieht, wie Polizeischläger 14- oder 15-Jährige verprügeln?

Um diese abscheuliche Repression zu rechtfertigen, nutzt die Regierung jeden brennenden Mülleimer, jeden Vorfall, der ausgiebig auf den Fernsehbildschirmen verbreitet wird. Das Ziel ist klar: die Bewegung in Verruf zu bringen, die kämpfenden Jugendlichen und diejenigen, die sich dem Kampf anschließen möchten, zu terrorisieren, den Eltern Angst einzujagen und die Jugendlichen von den anderen Generationen abzuschotten.

Die mit Schlagstöcken geschlagenen Schüler*innen sind Kinder von Büroangestellten, Pflegekräften, Arbeitslosen, Verkäufern, Fabrikarbeiterinnen, Lieferanten, Lehrerinnen und Kassierern... Kurz gesagt: Kinder der Arbeiterklasse. **Angesichts der Repression muss unsere gesamte Klasse solidarisch sein!** Keine platonische Solidarität mit leeren Worten oder parlamentarischen Petitionen. Solidarität im gemeinsamen Kampf! Die Studierenden gehen mit gutem Beispiel voran: In Lyon haben sie sich der Bewegung angeschlossen - *„In Solidarität mit den unterdrückten Gymnasiast*innen“*. Am Lycée Paul-Éluard in Saint-Denis haben Lehrer eine Kette gebildet, um die Schüler*innen

vor der Polizei zu schützen. Doch der beste Weg, die Schüler*innen vor der Polizeigewalt zu schützen, ist, die Bewegung zu stärken und auszuweiten!

Tappen wir aber auch nicht in die Falle zielloser Gewalt! Man kann die Wut derer nur zu gut verstehen, die es nicht mehr ertragen können, verachtet zu werden. Aber brennende Mülltonnen und mit Steinen beworfene Lehrkräfte stören die Regierung nicht. Das kommt ihr sogar gelegen! Es dient ihr als Vorwand, hart durchzugreifen. Es schreckt diejenigen ab, die sich der Bewegung anschließen könnten. Es lässt unsere Forderungen in den Hintergrund treten. Die Stärke einer Bewegung liegt nicht in der Zerstörung. Sie liegt in der Anzahl, der Einheit, der Diskussion und der Solidarität. Es bedeutet, gemeinsam in Versammlungen zu entscheiden und zu überlegen, welche Aktionen durchgeführt werden sollen.

Die kämpfende Jugend ist die Arbeiterklasse von morgen!

Was die Schüler*innen und Studierenden heute anprangern, erlebt die gesamte Arbeiterklasse: Personalmangel, ein Alltag, der sich von Jahr zu Jahr verschlechtert, vernachlässigte öffentliche Dienste. Die Schüler*innen prangern auch den Stellenabbau im Bildungswesen an, die Arbeitsbedingungen ihrer Lehrer*innen und der Begleiter*innen beeinträchtigt. *„Wir sind auch hier, um die Lehrer zu unterstützen, die schlecht bezahlt werden, überfüllte Klassen haben und zu wenige Arbeitsplätze“*; *„Bezahlt diejenigen, die uns das Lesen beibringen!“*

Das Studium wird immer teurer. Laut der FAGE (einer von Studierenden gegründeten Organisation) kostet das Studienjahr 2026 für einen Studierenden durchschnittlich 3240 Euro – ein Rekord! Die Regierung wollte sogar Einschreibgebühren für BTS-Studiengänge (Brevet de Technicien Supérieur) und Vorbereitungsklassen einführen. Angesichts der Mobilisierung machte sie jetzt einen Rückzieher. Das ist der Beweis, dass sich der Kampf lohnt. Aber es ist nur ein Krümel, um die Empörung zu besänftigen. Parcoursup, Mon Master und das gesamte Schulsystem sortieren die Jugendlichen aus, um sie zu Arbeitskräften für die Arbeitgeber zu machen. Und am Ende? Mehr als jeder fünfte junge Erwerbstätige ist arbeitslos. Viele andere reihen Praktika, befristete Arbeitsverträge, Zeitarbeit und Gelegenheitsjobs aneinander. Prekarität ist zur Regel geworden.

Die Regierung behauptet, es gebe kein Geld. Im Haushalt 2027 sollen 1588 Lehrerstellen gestrichen werden. Nichts für die Renovierung der Schulen nach einem entsetzlichen Sommer. Immer mehr Selektivität beim Zugang zur Uni. Diese Regierung der Ausbeuter will sogar die Ein-Euro-Mahlzeit der CROUS (Schüler*innen mit einkommensschwachen Eltern) abschaffen! Aber sie findet 6,4 Milliarden für die Armee. *„An der Jugend spart man nicht“*, wagt der Bildungsminister zu sagen. Doch, man spart an der Schule, um Waffen zu bezahlen! Wie es auf einem Plakat in Créteil hieß: *„Sie geben 6 Milliarden für das Militär, aber keinen Cent für die Gymnasien!“*.

Überall die gleiche Unzufriedenheit

Diese Forderungen sprechen alle an. Deshalb ist die Bewegung so massiv. Am 1. Oktober waren 1020 Gymnasien und 30 Universitäten mobilisiert. Die Empörung erfasst die großen Städte: Marseille, Lyon, Lille, Rennes ... Aber auch kleine Städte wie Felletin in der Creuse oder Tulle in der Corrèze. Und natürlich ist dieser Unmut überall zu spüren, in allen Bereichen. Am 29. September streikten die öffentlichen Angestellten für bessere Löhne: Lehrpersonal, Pflegekräfte, Steuerbeamte oder Mitarbeiterinnen von „France Travail“. Bei der RATP (Pariser Nahverkehrsnetz) begann am 28. September ein unbefristeter Streik für bessere Löhne. Am 15. September streikten fast 60 % der Mitarbeiter beim Energieunternehmen EDF – eine „historische“ Quote. Bei TotalEnergies ist für den 8. Oktober ein Streik angekündigt. Im Bildungswesen gibt es Streikaufrufe für den 6. Oktober, gemeinsam mit den Gymnasiast*innen. Überall steigen die Preise, die Löhne halten nicht Schritt, die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich.

Diese Unzufriedenheit macht nicht an den Grenzen Halt. In Spanien haben 14.000 Airbus-Beschäftigte gerade einen dreimonatigen Kampf um ihre Löhne geführt und ihre Entscheidungen in Massenversammlungen getroffen. In Belgien haben am 1. Oktober Schüler*innen aus der Region Lüttich ihre Schulen blockiert: „Wir sind vor allem für unsere Lehrer da, die von diesen Maßnahmen angegriffen werden“. In Deutschland streikten am 25. September Zehntausende Schüler*innen in rund hundert Städten gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Überall gilt dieselbe Logik: Für die Krise und den Krieg müssen die Beschäftigten und ihre Kinder bezahlen!

Welche Perspektive? – Die Lehren aus der Bewegung gegen das CPE 2006

Die Regierung setzt auf Angst und Spaltung. Wie kann man sie zum Einlenken bringen? Vor zwanzig Jahren hat eine andere Generation den Weg gewiesen. „Was heute passiert, erinnert mich an die Schülerbewegung gegen den CPE“, sagte ein Lehrer in Seine-Saint-Denis. Im Jahr 2006 zwang der Kampf gegen den CPE (Contract Première Ebauche) – ein Vertrag, der es ermöglichte, junge Arbeiter*innen wie Wegwerfartikel zu entlassen, weil sie im ersten Jahr nach dem Studium keine festen Arbeitsverträge erhalten sollten – die Regierung zum Einlenken. Diese Bewegung von 2006 birgt viele Lehren.

Erstens hatten **die Jugendlichen ihren Kampf selbst in die Hand genommen**. Ihre Vollversammlungen waren echte Orte der Debatte und der Entscheidungsfindung. Dort wurde per Handzeichen abgestimmt. Dort wurden Delegierte gewählt, die anschließend Rechenschaft ablegten und jederzeit abberufen werden konnten. Diese Vollversammlungen standen allen offen: Beschäftigten, Arbeitslosen, Rentner*innen, Eltern. Die Jugendlichen ließen nicht zu, dass die Gewerkschaften an ihrer Stelle entschieden.

Zweitens **hatten sie begriffen, dass sie isoliert verlieren würden**. „Wenn wir isoliert bleiben, werden wir regelrecht verschlungen“, sagten die Studierenden. Die Vollversammlungen entsandten daher Delegationen in die Unternehmen. Sie riefen dazu auf, am Samstag zu demonstrieren, damit die Beschäftigten teilnehmen konnten. Und Beschäftigte, Arbeitslose und Rentnerinnen und Rentner kamen, immer zahlreicher, zu Millionen auf die Straße.

Angesichts der Provokationen durch die Polizei weigerten sich die Vollversammlungen, mit zielloser Gewalt zu reagieren, die die Bewegung gespalten und die Solidarität verhindert hätte. Die Regierung wich nicht wegen einiger zerbrochener Schaufenster zurück. Sie wich zurück, weil sich der Kampf aktiv auf die gesamte Arbeiterklasse ausweitete. Und weil die Debatten und Entscheidungen in den Vollversammlungen die Triebkraft dieser Ausweitung waren.

Diesen Weg müssen wir heute wieder einschlagen. Im Val-d'Oise versammelten sich Schüler*innen und Lehrkräfte zu einer Versammlung, bevor sie am 29. September gemeinsam demonstrierten: „Es tut uns gut zu wissen, dass wir uns zusammenschließen können, und noch mehr, wenn wir sehen, dass einige Lehrkräfte da sind, um uns zu verteidigen“. Das ist ein Anfang. Überall müssen Vollversammlungen abgehalten werden, die allen offen stehen (Gymnasiast*innen, Student*innen, Beschäftigten, Arbeitslosen, Rentner*innen), in denen diskutiert und entschieden wird. Wir müssen massiv auf die Beschäftigten in den Unternehmen, Krankenhäusern und Fabriken sowie auf die Gymnasiast*innen in der Nachbarschaft zugehen. Wir müssen die Fallen der Gewalt und der Spaltung ablehnen. Wir dürfen die Empörung nicht zerstreuen, indem jeder in seiner Ecke bleibt, mit *seinem* Aktionstag, eingeschlossen in *seinem* Sektor. Eine einzige einheitliche Parole: Nein zur Prekarität! Überall, in allen Sektoren! In den Schulen wie in den Krankenhäusern, in den Büros wie in den Fabriken!

Nach 2006 geriet die Bewegung gegen den CPE in Vergessenheit. Diesmal dürfen wir das nicht zulassen. Wir müssen diskutieren, Lehren ziehen, den Kontakt aufrechterhalten, auch wenn der Kampf einmal endet. Denn die Angriffe werden nicht aufhören. Der Kapitalismus in der Krise hat der Jugend nichts anderes zu bieten als Prekarität, Krieg und die Zerstörung des Planeten. Unsere einzige Stärke ist unsere Einheit, über Sektoren, Generationen und Grenzen hinweg.

2. Oktober 2026

**Schüler*innen, Studierende, Arbeiter*innen,
Arbeitslose, Rentner*innen: derselbe Kampf!**

Internationale Kommunistische Strömung

ViSDP Anna-Lena Kubina, Berlin-Kreuzberg



<https://world.internationalism.org>

Internationale Revue, Postfach 367, 8021 Zürich

deutsch@internationalism.org

schweiz@internationalism.org

¹ Parcoursup ist ein absolut ermüdendes, kompliziertes, langwieriges und undurchsichtiges Verfahren zur Einschreibung in Studiengänge, welches die bereits existierenden sozialen und kulturellen Ungleichheiten noch verstärkt.